

Jugoslawien - Aktionen statt Sanktionen

Balkan Spielball der Grossmaechtepolitik

Das Gemisch von Rassen, Voelker, Sprachen und Religionen auf dem Balkan ist weder unter der 500 Jahre dauernden tuerkischen Herrschaft noch danach zur Ruhe gekommen. Der Balkan wurde besonders im 19. und 20. Jh. zum Spielball der europaeischen und spaeter der Weltmachtpolitik. Vom Berlinerkongress (1870) ueber die Friedenskonferenzen nach dem ersten und zweiten Weltkrieg wurden die Voelker so durcheinander gemischt, dass unzaehlige Nationalitaeten- und Minderheiten-Probleme entstanden.

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums bot sich erstmals die Chance, mit Hilfe von Organisationen, wie die Konferenz fuer die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die EG oder die USA und die UNO, ein *BALKANSTATUT* aufzubauen, dass auf der Achtung der Menschenrechte, der gleichberechtigten Beteiligung aller, ob Mehrheit oder Minderheit, an der staatlichen Willensbildung und auf einigermassen vernuenftigen Grenzen abgestuetzt ist.

Diesem jahrhunderte alten Elend jetzt ein Ende machen

Solche Plaene bestehen immer noch. Mit den blutigen Ereignissen in Jugoslawien sind sie zum Stillstand gekommen. Anstatt zu handeln, streitet man im Westen, wer einzugreifen habe. Einmal mehr ist der Balkan sich selbst ueberlassen. Die Gefahr einer Ausweitung auf die anderen Balkanvoelker, wegen den neu erwachten Anspruechen der Griechen und Tuerken auf Mazedonien und Thrazien, dem Widerstand der Mazedonier bei sich zu Hause und in der ganzen Welt verstreut, besonders auch der Mazedonien sprachlich am naechsten stehenden Bulgaren, nimmt bedenkliche Formen an. Ihr schweres geschichtliches Schicksal, ihr jahrhunderte alter Hass den islamischen Ueberbleibsel tuerkischer Herrschaft gegenueber hat die Menschen im Balkan hart und unnachgiebig gemacht. Mit dem Ausbruch eines masslosen Voelkermordens ist ernsthaft zu rechnen zu.

Die Verantwortung liegt bei Westeuropa

Da gibt es nur einen Weg: Westeuropa, mit oder ohne USA und UNO, sollte den sich bekaempfenden Gruppen klar zu erkennen geben, dass die westlichen Staatengemeinschaften heute nicht mehr bereit sind, die "Schiesserei", wie sie der amtierende deutsche Aussenminister Genscher nannte, zu dulden. Jeder, der in Jugoslawien damit nicht aufhoert, muss befuerchten, mit militaerischen Mitteln zur Ordnung gebracht zu werden. Zunaechst durch eine vollstaendige Kontrolle des Luftraums, Abschuss jedes

Militarflugzeugs oder militaerischen Fahrzeugs, dass sich nicht an einen mit dem Westen abgeschlossenen Waffenstillstand haelt. Und das wichtigste gleich zu Anfang jeder Aktion des Westens wäre der Einmarsch einer genuegend starken Armee von Blau-, Gruen oder Weiss-Helmen (was immer, aber mindestens 150'000 bis 200'000 Mann stark) um die totale Sicherheit im ganzen Gebiet, bis zu den kleinsten Taelern und Doerfern sowie eine voruebergehenden effektive Verwaltung der Kampfgebiete gewaehrleisten zu koennen.

Freie Wahlen und Wirtschaftshilfe

Dringend waeren gleich zu Beginn freie Wahlen, damit die mehrheitlich friedlich gesinnten Bevoelkerungsteile (siehe die Demonstrationen in Belgrad) zum Wort kommen und einigermassen demokratische Regierungen sichergestellt werden. Humanitaere- und Wirtschafts-Hilfe sollten von Anfang an mit dieser Aktion des Westens kombiniert werden. Nur solche Massnahmen, nicht wirtschaftliche, politische oder militaerische Sanktionen, von denen ohnehin in der Regel die Zivil- Bevoelkerungen betroffen werden und die Machthaber davon noch profitieren, koennen wirksam fuer Ruhe und Ordnung sorgen. Die Entscheidungstraeger im Westen auf oberster Stufe, nicht nur die wichtigtuerischen Diplomaten, sollten erkennen, dass es, gleich wie bei einem schwelenden Feuer, jetzt darauf ankommt, den Konflikt abzustoppen, um seine Ausweitung den ganzen Balkan zu verhindern.

An der EG, den USA und der UNO ist es, zu entscheiden, ob sie bereit sind, alles zu tun, damit der Begriff Europa nicht nur auf dem Papier steht, sich in endlosen Konferenzen und in x aufgezwungenen aber nicht befolgten Waffenstillstandabkommen erschoept.

Frédéric Walthard 01.06.92